

Wirtschafts- und Sozialpolitische Grundentscheidungen

Andre Etzel und Simon Markfelder

gk Geschichte g4

1. Ausgangslage

- Das deutsche Reich ist militärisch und wirtschaftlich am Ende
- 40% des Wohnraums und 50% der Industrie waren zerstört
- Was nicht zerstört war würde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt
- Demontage intakter Industrie- und Verkehrsanlagen

Folgen:

- Hungersnöte in den Jahren 1945 – 48
- Hohe Kindersterblichkeitsrate
- Hohe Arbeitslosigkeit
- Rückgang der Produktion
- Verbrauchgütermangel
- Verfall der Reichsmark
- Schwarzmarkt

Zigarettenwährung und Warentausch

2. Wiederaufbau

Marshall Plan

- 5 Juni 1947, Amerikanischer Außenminister George C. Marshall
- Finanzierung des Aufbaus eines vom Krieg zerstörten Europas
 - Infrastruktur
 - Hunger
 - Wirtschaft
- 1,3% des jährlich BIP, vier Jahre lang
- Kredite als Hilfen für Rohstoffe, Lebensmittel und Waren
- Wirtschaftlich: Schaffung eines Absatzmarktes für amerikanische Überproduktion
- Politisch: Eindämmung kommunistischer Sowjetunion

Bi-Zone

- Vereinigung der BBZ und der ABZ 1947
- Anschluss der FBZ 1948

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet sollte nur einen ökonomisch-administrativen Charakter haben, legte aber das Fundament für den späteren westdeutschen Staat.

3. Wirtschaftsform und Konzepte

Juni 1947: Gründung des Frankfurter Wirtschaftsrats der britischen und amerikanischen Zone (Direktor: Ludwig Erhard)

Entscheidung für die „**Soziale Marktwirtschaft**“:

- Kombination aus wirtschaftlicher Freiheit und soz. Gerechtigkeit
- Privateigentum an Produktionsmitteln
- Marktmechanismen statt Planwirtschaft
- Sozialstaat zum Ausgleich wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten
- staatl. Wettbewerbsordnung (z.B. Unterbindung von Monopolen)

Ziele: Vollbeschäftigung; soziale Sicherheit; stetiges Wirtschaftswachstum

24.06.1948: **Gesetz über wirtschaftliche Leitsätze:**

Liberalisierung der Märkte; Aufhebung der Bewirtschaftungs- und Preiskontrolle

→ Steuerung der Produktion durch Wettbewerb und Verbrauch, nicht Staat → freie Preisbildung

Währungsreform:

21.06.1948 Einführung der „Deutschen Mark“ in den 3 Westzonen durch die Alliierten

- Jeder Deutsche erhielt 40 DM „Kopfgeld“
- Umrechnung der Löhne, Gehälter und Mieten 1:1
- Verringerung der Sparguthaben auf 6,5% und der Schulden auf 10%

→ Gewinner: Schuldner und Sachwertbesitzer

→ Verlierer: Sparer

Folgen:

Zunächst positive Folgen:

- Baldige Erholung der Wirtschaft
- Produktionsanstieg
- Es gibt wieder alles frei zu kaufen

Krise von 1949/50:

- Anstieg der Preise
- Arbeitslosigkeit steigt (September 1950: 11,4%)
- Viele Firmenpleiten

4. Wirtschaftswunder

Ursachen:

- Einsatz moderner Geräte, Maschinen und Anlagen → Höchste Produktivität
- weltweites Ansehen Deutschlands als vertrauenswürdiger Handelspartner auf Grund der Stabilität der Deutschen Mark und der hohen Qualität deutscher Produkte
- große Auslandsnachfrage während des Korea-Kriegs → Export
- Wirtschaftsförderungen durch USA (Marshall-Plan) → Deutsche als Verbündete
- Aufhebung der Produktionsbeschränkungen + Demontagen und Erlassung der Reparationen (→ Kreditfähigkeit)
- intensiver Arbeitswille der Deutschen

Auswirkungen:

- Vollbeschäftigung (1958)
- Anstieg der Löhne

5. Wichtige Sozialpolitische Maßnahmen

- Beibehaltung der Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung
- Tarifvertragsgesetz (1949): Tarifautonomie
- 1. Wohnungsbaugesetz (1950): Sozialer Wohnungsbau (Bau von 1,8 Mio Sozialwohnungen in 6 Jahren)
- Kriegsopferversorgung (1950): Rentenzahlung an Kriegsoffer und Hinterbliebene
- Heimkehrerentschädigung (1950): Einmalige Zahlungen an ehemalige Kriegsgefangene
- Mitbestimmung in der Montanindustrie (1951): gleich viele Vertreter der Beschäftigten und der Kapitaleigner in den Aufsichtsräten in der Montanindustrie (Parität)
- Betriebsverfassungsgesetz (1952): Bildung von Betriebsräten mit Mitspracherecht in sozialen Angelegenheiten und bei der Arbeits- und Urlaubseinteilung; ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder in Aktiengesellschaften aus Vertretern der Arbeitnehmer
- Lastenausgleich (1952): Ausgleich der Kriegsschäden und –Verluste (Abgaben von Vermögenden, die vom Krieg verschont blieben)
- Wiedergutmachung: Rentenzahlungen an Verfolgte des Nationalsozialismus
- 2. Wohnungsbaugesetz (1956): Förderung des Baues von Familienheimen